

# »Machismo tötet!«

## Der Aufstand der Frauen in Lateinamerika

Von **Anne Britt Arps**

Zum diesjährigen 8. März rufen feministische Aktivistinnen weltweit zu einem Frauenstreik auf.<sup>1</sup> Geplant sind Aktionen in rund 30 Ländern, darunter in Polen, Deutschland, Italien, Russland und der Türkei. Erst Anfang Februar schlossen sich auch prominente Feministinnen aus den Vereinigten Staaten dem Aufruf an – nach dem *Women’s March* in Washington wollen sie eine feministische Bewegung schaffen, die weitaus breitere gesellschaftliche Schichten anspricht, als dies dem liberalen Feminismus bisher gelungen ist.<sup>2</sup>

Ihren Ursprung hat die Initiative für den Streik indes nicht zuletzt im globalen Süden, nämlich in der Bewegung „Ni Una Menos“ (Nicht eine Weniger), die vor knapp zwei Jahren in Argentinien gegründet wurde und seither in ganz Lateinamerika von sich reden macht. Sie protestiert vehement gegen die allgegenwärtige Gewalt an Frauen, vor allem aber gegen die hohe Zahl der Frauenmorde auf dem Subkontinent. Hunderttausende gingen deshalb im letzten Jahr in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern – darunter in Chile, Uruguay, Brasilien, Peru, Ecuador und Mexiko – auf die Straßen, selbst in Italien kam es im letzten Herbst unter dem Slogan „Non una di Meno“ zu massenhaften Protesten gegen sexualisierte Gewalt. Auslöser für die ersten großen Demonstrationen in Argentinien im Juni 2015 war der Mord an der 14jährigen Schülerin Chiara Paéz. Ihr zwei Jahre älterer Freund erschlug sie, weil sie sich weigerte, eine Abtreibung vorzunehmen. Den Leichnam vergrub er mit Hilfe seiner Familie im Garten des Elternhauses. Die Nachricht von dem Mord löste landesweit Empörung aus: Aktivistinnen, Journalistinnen und Künstlerinnen starteten daraufhin in den sozialen Medien die Kampagne #NiUnaMenos und schufen so das Label für eine Bewegung, die sich wie ein Lauffeuer über den Subkontinent ausbreitete. Die sozialen Netzwerke spielten dabei eine zentrale Rolle: In Mexiko brach auf Facebook und Twitter mit #Primaveravioleta ein lila Frühling aus, in Brasilien verbreitete sich die Kampagne #MeuPrimeiroAssedio (Mein erster Missbrauch). Ähnlich wie 2013 in Deutschland mit der Kampagne #aufschrei begannen Frauen, plötzlich öffentlich über ihre Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt zu sprechen.

1 Vgl. [www.parodemujeres.com](http://www.parodemujeres.com).

2 Vgl. Nancy Fraser, Keeanga-Yamahtta Taylor, Angela Davis u.a., *Women of America: we're going on strike. Join us so Trump will see our power*, [www.theguardian.com](http://www.theguardian.com), 6.2.2017.

Waren es jahrelang vor allem Angehörige von Opfern und Menschenrechtsorganisationen, die die Gewalt gegen Frauen anprangerten, ist die Bewegung heute weitaus breiter. Sie verläuft quer zu sozialen Schichten, Altersgruppen, kulturellen Milieus und teils sogar zu politischen Ideologien. Von einer neuen Qualität ist auch der transnationale Charakter der Proteste: Als im vergangenen Oktober – parallel zu einem Frauenkongress in Rosario mit über 70 000 Teilnehmenden – gleich sieben Frauenmorde innerhalb von nur einer Woche die argentinische Öffentlichkeit erschütterten, mobilisierte die Bewegung binnen weniger Tage lateinamerikaweit erneut Hunderttausende Menschen. Dabei knüpfte *Ni Una Menos* mit dem Ausspruch „Vivas nos queremos“ (Wir wollen uns lebend) explizit auch an die historische Mütterbewegung *Madres de la Plaza de Mayo* an, die in den 1970er und 1980er Jahren mit der Forderung „Vivos se los llevaron – vivos los queremos“ (Lebend habt ihr sie genommen, lebend wollen wir sie) gegen die Entführung und Ermordung ihrer Kinder und Angehörigen durch die argentinische Militärdiktatur protestierte – schon damals wurde der Slogan auf dem gesamten Subkontinent aufgegriffen.

Damit ist in Lateinamerika ein neuer emanzipatorischer Akteur entstanden, der Lösungen für ein länderübergreifendes Problem einfordert und die politische Agenda in der Region zukünftig mitbestimmen dürfte. Die große Mobilisierungskraft der Bewegung zeigt zugleich, dass sich in den lateinamerikanischen Gesellschaften immer lautstärker die Erkenntnis durchsetzt: Gewalt gegen Frauen ist ein massives Problem.

### Das Ausmaß der Gewalt

Tatsächlich hat dieses dramatische Ausmaße. Allein in Argentinien wird im Schnitt alle 30 Stunden eine Frau wegen ihres Geschlechts ermordet. Das ermittelte die Frauenrechtsorganisation *Casa del Encuentro*, die seit 2008 diese sogenannten Feminizide zählt – eine offizielle Statistik gibt es bislang nicht. Mit dem Begriff – eine Kombination aus dem englischen *homicide* (Mord) und dem lateinischen *femina* (Frau) – werden Morde an Frauen bezeichnet, die wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit verübt werden. Seit 2008 starben aus diesem Grund in Argentinien laut der Organisation mindestens 2094 Frauen, allein im Jahr 2015 waren es 286.<sup>3</sup> In der übergroßen Mehrheit der Fälle (in Argentinien etwa 70 Prozent) stehen die Täter ihren Opfern nahe – oft handelt es sich um deren Partner oder Ex-Partner. Die Opfer wiederum stammen aus allen sozialen Schichten, unter ihnen finden sich Akademikerinnen ebenso wie Analphabetinnen.

Mit diesem Befund ist Argentinien bei Weitem nicht allein: Mehr als die Hälfte der 25 Länder mit den weltweit höchsten Feminizidraten befindet sich laut UN Women in Lateinamerika.<sup>4</sup> Die UN-Wirtschaftskommission für

3 Vgl. [www.lacasadelenacimiento.org](http://www.lacasadelenacimiento.org).

4 Vgl. Declaración oficial de ONU Mujeres frente a los casos de feminicidios y los niveles de impunidad en la region, 20.10.2016, <http://mexico.unwomen.org>.

Lateinamerika und die Karibik, CEPAL, spricht – basierend auf Zahlen aus dem Jahr 2014 – von durchschnittlich mindestens 12 Feminiziden, die täglich in der Region verübt werden. Die höchsten Raten verzeichnen demnach Honduras, El Salvador, Guatemala und die Dominikanische Republik, allein in Honduras mit seinen knapp neun Millionen Einwohnern waren es 2014 531 Fälle.<sup>5</sup> In Mexiko, das die Wirtschaftskommission aufgrund der schwer vergleichbaren Daten nicht in ihre Statistik einbezog, wurden einer anderen Studie zufolge 2014 im Schnitt sogar sechs Frauen pro Tag umgebracht.<sup>6</sup>

Die besonders hohe Feminizidrate in mittelamerikanischen Ländern und Mexiko erklärt sich auch aus dem dort insgesamt sehr hohen Gewaltniveau und der weiten Verbreitung von Kleinwaffen: Die Morde gehen hier zum Teil auf das Konto krimineller Banden und der Drogenmafia, die auch mit Frauenhandel und Prostitution Geschäfte machen. Dabei agieren sie nicht selten in Kooperation mit korrupten Polizisten und Beamten. Traurige Berühmtheit erlangte in diesem Kontext die nordmexikanische Grenzstadt Ciudad Juárez. Seit Anfang der 1990er Jahre verschwinden hier immer wieder Mädchen und junge Frauen, die später, häufig schlimm zugerichtet, außerhalb der Stadt tot aufgefunden werden. Hunderte, wenn nicht gar Tausende Frauen – oftmals Migrantinnen, die sich in den Fabriken transnationaler Konzerne verdingen – fielen diesen Verbrechen bislang zum Opfer, doch nur die wenigsten dieser Morde wurden aufgeklärt.

### »Machismo mata!«

Wenngleich sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen südamerikanischer Länder wie Argentinien stark von denen in Mexiko mit seinem Drogenkrieg unterscheiden, haben die Taten doch eines gemeinsam: Sie sind letztlich das Produkt struktureller Diskriminierung von Frauen und einer machistischen Kultur, welche die Aktivistinnen als eine zentrale Ursache für die Feminizide anprangern: „Machismo mata“, Machismus tötet, lautet entsprechend einer der Slogans, der immer wieder auf ihren Plakaten und Transparenten zu lesen ist.<sup>7</sup> Die Bewegung spricht in diesem Zusammenhang von einer Kultur der Gewalt gegen Frauen. „Wir sprechen von Männern, die denken, dass die Frauen ihnen gehören und sie ein Recht über sie hätten, [...] und wenn diese Frau Nein sagt, drohen sie ihr, schlagen sie, töten sie, um ihr das Nein zu verbieten“, heißt es auf der Webseite der argentinischen *Ni-Una-Menos*-Bewegung.

Ihr zufolge ist die Gewalt das Resultat sozialer und kultureller Praktiken, die die Dominanz von Männern und die Abwertung von Frauen, aber auch

5 Vgl. CEPAL, *Feminicidio*, 24.10.2016, [www.cepal.org](http://www.cepal.org).

6 Vgl. BBC Mundo, *País por país: el mapa que muestra las trágicas cifras de los feminicidios en América Latina*, 21.11.2016, [www.bbc.com](http://www.bbc.com).

7 Unter Machismus versteht man in den Sozialwissenschaften patriarchale Geschlechterverhältnisse sowie misogynie und homophobe Verhaltensweisen von Männern in Lateinamerika. Der Begriff ist umstritten, da er rassistische und koloniale Klischees bediene. Vgl. Victor Rego Diaz und Diana Mulinari, *Machismus*, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus* 8/11, [www.inkrit.de](http://www.inkrit.de) sowie Gloria González López, *Machismo – Bibliography*, in: <http://science.jrank.org>.

von LGBTIQ-Personen<sup>8</sup> festschreiben und immer wieder reproduzieren: „Der Feminizid ist keine private Angelegenheit, er ist das Produkt einer sozialen und kulturellen Gewalt, die durch öffentliche und mediale Diskurse legitimiert wird, etwa dann, wenn eine Frau als Hure beschimpft wird, weil sie ihre Sexualität frei lebt, sie anhand ihrer Körpermaße beurteilt wird, jemand sie schief anguckt, weil sie keine Kinder haben will, oder sie allein auf die Rolle der guten Ehefrau oder Mutter reduziert wird, die für einen Mann bestimmt ist.“<sup>9</sup>

Tatsächlich sind sexuelle Belästigungen oder Übergriffe im öffentlichen Raum, aber auch häusliche Gewalt in lateinamerikanischen Gesellschaften allgegenwärtig. So hat eine von drei Frauen über 15 Jahren in Lateinamerika und der Karibik laut UN Women sexualisierte Gewalt erlebt. Von physischer oder sexualisierter Gewalt durch ihren Partner berichteten laut einer Studie der Pan American Health Organisation von 2013 sogar 53 Prozent der Bolivianerinnen und knapp 40 Prozent der Kolumbianerinnen und Peruanerinnen.<sup>10</sup> Die Feminizide bilden da nur die Spitze des Eisbergs.

Dabei steigt das Risiko, Opfer eines Feminizids zu werden, gerade dann, wenn Frauen Übergriffe anzeigen oder sich von ihrem Partner trennen – in Situationen also, in denen sie anfangen, selbst über ihr Leben zu bestimmen und sich aus unterdrückerischen Strukturen zu befreien. Solchen individuellen Akten der Selbstbestimmung will *Ni Una Menos* den Rücken stärken, ebenso wie sie all jenen lokalen Initiativen Gehör verschaffen will, die seit Jahren Frauenmorde dokumentieren, Betroffene und Angehörige begleiten und eine Antwort des Staates einfordern.

### Die Verantwortung des Staates

Und das ist auch bitter nötig. Denn es kommt immer wieder vor, dass den Opfern die Schuld für die gegen sie gerichteten Taten gegeben wird – etwa wenn unterstellt wird, die Frau habe das Verbrechen durch ihre Kleidung oder ihr verführerisches Verhalten provoziert. Nach dem brutalen Feminizid an der 35jährigen Rosa Elvira Cely in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá im Mai 2012 machte sogar die Stadtregierung das Opfer in einer Stellungnahme für ihren Tod selbst verantwortlich: Sie argumentierte, alle hätten gewusst, dass die Täter sich merkwürdig verhielten und als böswillig galten. Dennoch sei das Opfer mit ihnen mitgegangen.<sup>11</sup> Der Fall löste eine öffentliche Debatte aus und führte schließlich dazu, dass das kolumbianische Parlament drei Jahre später das Gesetz „Rosa Elvira Cely“ verabschiedete, das den Feminizid als eigenen Tatbestand in das Strafgesetzbuch aufnimmt, der mit bis zu 50 Jahren Haft bestraft werden kann.

8 Die Abkürzung steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Intersex und Queer.

9 [www.niunamemos.com.ar](http://www.niunamemos.com.ar).

10 Vgl. Pan American Health Organisation, *Violence against Women in Latin America and the Caribbean*, 2013, [www.paho.org](http://www.paho.org).

11 Vgl. Diana Durán Núñez, *Secretaría de Gobierno de Bogotá culpa a Rosa Elvira Cely de su propio ataque*, in: „El Espectador“, 14.5.2016, [www.elespectador.com](http://www.elespectador.com).

Kolumbien ist nicht das einzige Land, das sich zu diesem Schritt entschlossen hat. Gerade in den letzten Jahren haben – dank der hartnäckigen Arbeit von Frauen- und Menschenrechtsorganisationen – fast alle Staaten Lateinamerikas (außer Kuba und Haiti) den Feminizid in ihre Strafgesetzbücher aufgenommen. Dennoch hat sich die Zahl der Frauenmorde bislang nirgendwo nennenswert verringert, im Gegenteil: In einigen Ländern wie Bolivien oder Peru nimmt sie sogar wieder zu.

Dieser Umstand verweist auf ein weiteres grundlegendes Problem, das für die hohe Zahl der Frauenmorde mitverantwortlich ist: die Untätigkeit der Staaten, die Taten aufzuklären und zu bestrafen. Diese ist überall in Lateinamerika frappierend. In einigen Ländern der Region liegt die Straflosigkeit bei Feminiziden sogar bei 98 Prozent aller berichteten Fälle.<sup>12</sup>

Die bloße Existenz der Gesetze – deren Definition des Feminizids sich teils stark unterscheidet – garantiert ganz offenbar nicht, dass diese auch angewandt und die zuständigen Behörden – Polizei und Justiz – in die Lage versetzt werden, die Morde angemessen zu verfolgen. Oftmals sind die Behörden sogar selbst Teil des Problems, denn die Diskriminierung von Frauen ist auch hier fest verankert. So kommt es immer wieder vor, dass die überwiegend männlich besetzten Gerichte die Glaubwürdigkeit der Opfer in Zweifel ziehen oder diese sogar selbst kriminalisieren. Mitunter dürfen die Täter nach nur wenigen Jahren Haft sogar weiter für das gemeinsam mit dem Opfer gezeugte Kind sorgen. Zudem versagen die Behörden regelmäßig dabei, betroffene Frauen zu schützen und die Gewalt gegen sie zu bekämpfen, obwohl sie dazu gemäß internationaler Konventionen verpflichtet sind. So haben viele Feminizid-Opfer sexualisierte Gewalt sogar mehrfach angezeigt, ohne dass etwas zu ihrem Schutz unternommen worden wäre. Darüber hinaus fehlt es an offiziellen Statistiken, die die Frauenmorde nach vergleichbaren Kriterien erfassen, wie sie Experten der Vereinten Nationen weltweit fordern. Um all das zu ändern, wären spezielle Programme – etwa zur Schulung von Polizei- und Justizbeamten – nötig, doch diese kosten Geld, weit mehr als die Erarbeitung einer Gesetzesvorlage.

Gerade hier zeigt die Bewegung allerdings erste Wirkung. Die Regierung des konservativen argentinischen Präsidenten Mauricio Macri ernannte unter dem Eindruck der Proteste die Frauenrechtlerin und *Ni-Una-Menos*-Mitbegründerin Fabiana Tuñez zur Direktorin des Nationalen Frauenrats und ließ einen Plan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen auflegen – damit erfüllte Macri eine zentrale Forderung der Bewegung. Der Plan sieht unter anderem die Einrichtung von Frauenhäusern und eine Verankerung des Themas in den Lehrplänen von Schulen aber auch in der Weiterbildung von Beamten vor. Dabei hatte Macri noch wenige Jahre zuvor erklärt, er glaube nicht, dass es Frauen gebe, die sich nicht tief in ihrem Innern über ein *Piropo*, ein „Kompliment“ oder eine anzügliche Bemerkung, freuen.<sup>13</sup> Auch in Chile erklärte sich die sozialistische Präsidentin Michelle Bache-

12 Vgl. 98 % de los feminicidios en América Latina siguen impunes, [www.telesurtv.net](http://www.telesurtv.net), 13.4.2016.

13 Vgl. Uki Goñi, Argentine Women Call Out Machismo, in: „The New York Times“, 15.6.2015, [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com).

let mit den Protesten solidarisch, und der liberalkonservative Regierungschef Perus, Pedro Pablo Kuczynski, ging sogar selbst mit auf die Straße, als im letzten August Hunderttausende in Lima gegen geschlechtsspezifische Gewalt demonstrierten. All das zeigt: Die Bewegung ist in Lateinamerika inzwischen unüberhörbar geworden und setzt die Regierungen mächtig unter Druck, endlich aktiv zu werden.

### Für eine Neuverhandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse

Doch *Ni Una Menos* geht mit ihrer Kritik weit über die Forderung nach Maßnahmen zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt hinaus. Denn diese hat ihr zufolge neben der kulturellen und staatlichen auch eine ökonomische Dimension. So spiegelt sich die Abwertung von Frauen auch in der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Diese ist in Lateinamerika – wie fast überall auf der Welt – groß: Zwar drängen hier immer mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt und haben inzwischen teilweise sogar höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Doch der Gender-Pay-Gap liegt laut der UN-Kommission CEPAL im Schnitt noch immer bei 26 Prozent,<sup>14</sup> zugleich sind Frauen bis zu 50 Prozent häufiger von Armut betroffen als Männer.<sup>15</sup> Das hat auch damit zu tun, dass Frauen einen Großteil der unbezahlten Sorge- und Hausarbeit verrichten und deswegen öfter als Männer in geringer bezahlten Teilzeitjobs arbeiten oder ganz auf eine eigene berufliche Existenz verzichten. Zugleich sind Frauen aus den unteren Einkommensschichten besonders gefährdet, Opfer eines Frauenmords zu werden. Denn gerade für sie ist es schwer, sich von einem gewalttätigen Partner zu trennen, wenn sie von diesem finanziell abhängen. Insofern erfordert der Kampf gegen Feminizide auch eine Verringerung der ökonomischen Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Auch darauf wollen die Aktivistinnen hinweisen, wenn sie am 8. März in den Streik treten.

Letztlich geht es der Bewegung mit ihrem Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Ungleichheit um nichts Weniger als eine Neuverhandlung der sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Verhältnisse.<sup>16</sup> Deren Wurzeln aber reichen bis in die Kolonialzeit, die Lateinamerika Gewalt, Rassismus und extreme wirtschaftliche Ausbeutung gebracht hat. Mit den Europäern kam auch die katholische Kirche mitsamt ihrem traditionellen Familienbild. Diese erweist sich auf dem Subkontinent noch immer als mächtige Gegenspielerin feministischer und frauenpolitischer Bewegungen, die schon lange Liberalisierungen – etwa der zumeist äußerst restriktiven Abtreibungsgesetze – einfordern. Sie reichen zudem in die Zeit des Neoliberalismus der 1980er und 1990er Jahre mit seinen verheerenden sozialen

14 Vgl. Christopher Woody, Latin Americas Economic Struggles could have deadly consequences, [www.businessinsider.de](http://www.businessinsider.de), 17.3.2016.

15 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung, Democracia de Género en América Latina, Hechos y Cifras, [www.boell.de](http://www.boell.de), 2016.

16 Vgl. Horacio Gonzáles, Ni una menos: reinvencción de la política, [www.nuestrasvoces.com.ar](http://www.nuestrasvoces.com.ar), 4.2.2017.

Folgen auf dem Subkontinent. Die dadurch geprägten gesellschaftlichen Beziehungen bilden den Hintergrund, vor dem sexualisierte Gewalt und Feminizide heute stattfinden.

Entsprechend will sich die argentinische *Ni-Una-Menos*-Bewegung auch nicht mit den von ihrer Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zufrieden geben, solange diese ein neoliberales Wirtschaftsprogramm vorantreibt, durch das Arbeitsverhältnisse flexibilisiert und die Ungleichheit verschärft werden – gerade zulasten von Frauen.

Auf diesen umfassenden gesellschaftspolitischen Ansatz von *Ni Una Menos* beziehen sich die Feministinnen in den USA, wenn sie nun für einen „Feminismus für die 99 Prozent“ plädieren. Denn *Ni Una Menos* richtet sich mit ihren Forderungen nicht nur an eine privilegierte Elite, sondern ist anschlussfähig für weit mehr gesellschaftliche Gruppen und soziale wie politische Kämpfe. Damit könnte sich die Bewegung als Motor für einen breiteren gesellschaftlichen Wandel entpuppen. Fest steht schon jetzt: Die Politik wird sich den Forderungen der Bewegung in Zukunft nicht ohne Weiteres verschließen können.

**Entdecken Sie  
die »Blätter«**



[www.blaetter.de/probeabo](http://www.blaetter.de/probeabo)

*Wie wir die Katastrophe  
mit starken Finanzmärkten  
abwenden können.*

Giegold / Philipp / Schick

## FINANZ WENDE

Den nächsten Crash  
verhindern



**Sven Giegold / Udo Philipp / Gerhard Schick  
Finanzwende**

*Den nächsten Crash verhindern*  
WAT 765. 176 Seiten € 12.–

Anzeige